PRESSE- UND INFORMATIONSAMT DER STADT OSNABRÜCK – AUSSCHNITTDIENST –

Ausschnitt aus: NOZ vom: 15.12.06

Ausschnitt erhält:

Abschied vom Westtunnel

Letzte Prüfung

Stadtrat will 2008 Klarheit

OSNABRÜCK. Die Westumgehung steht vor dem Aus: Der Stadtrat hat gegen den Widerstand der CDU den Planungen eine letzte Frist bis 2008 gesetzt.

Die Entscheidung beruht auf einem Antrag der FDP. Demnach soll im kommenden Jahr bei der Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplanes geprüft werden, ob eine Westumgehung oder ein Tunnel eine „verkehrsentlastende Funktion für das gesamte Stadtgebiet übernehmen" könne. Die Umgehung mache nur Sinn, wenn sich der Verkehr nicht nur in einem kleinen Teilbereich am Westerberg entspanne, sondern zu einer Entlastung in der ganzen Stadt führe, erklärte FDP-Sprecher Thomas Thiele.

Wenn bis 2008 kein schlüssiges Finanzierungskonzept vorliegt, wird die Planung gestoppt und die Trasse aus dem Flächennutzungsplan getilgt. Danach kann die Fläche als Baugrund vermarktet oder für die Naherholung genutzt werden.

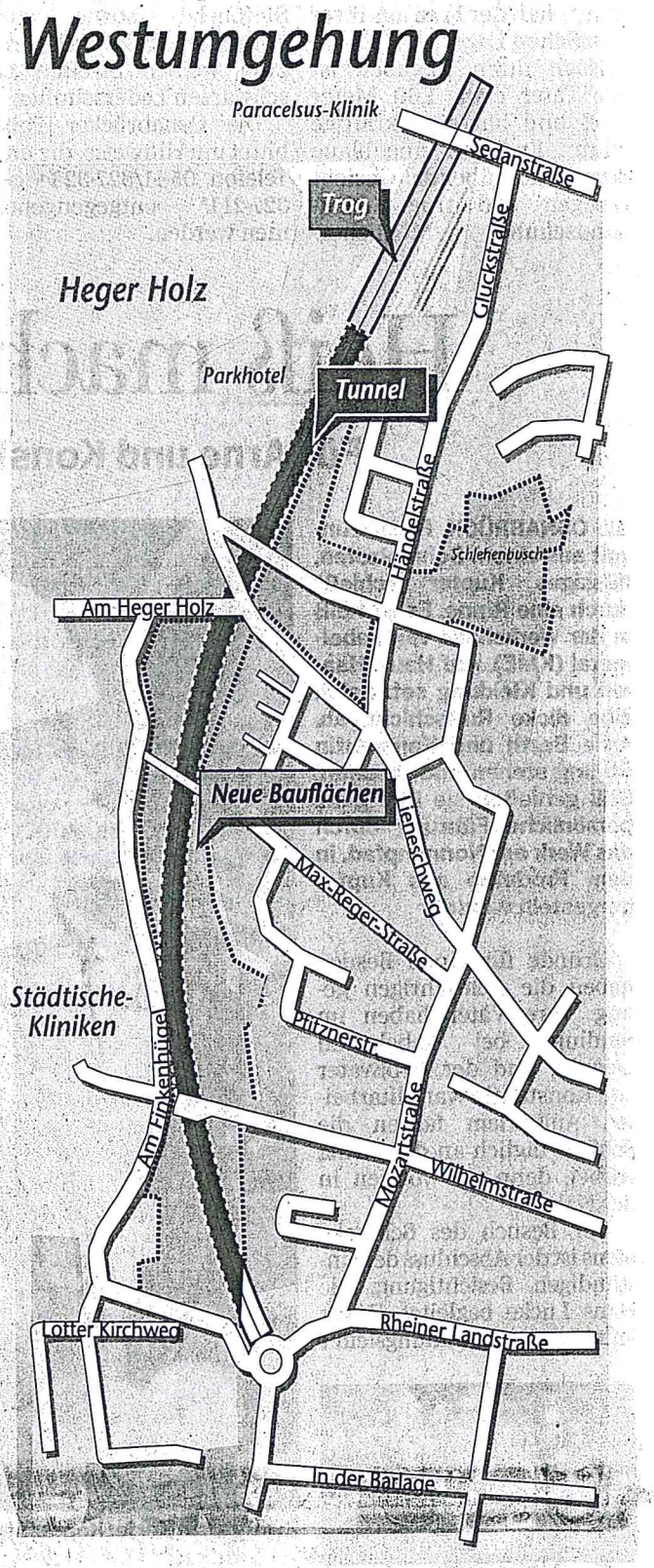
Es sei nach Abwägung aller Kriterien der Zeitpunkt gekommen, einen Schlussstrich zu ziehen, sagte Thiele. Die Bewohner des Westerbergs hätten ein Recht darauf, „dass etwas passiert".

Die Grünen, die die Westumgehung ablehnen, begrüßten „freudig" den Antrag, wie Sabine Bartnik sagte. Auch Nils Peters (SPD) sieht mit der Frist 2008 „eine gute Zielmarke" für eine endgültige Entscheidung.

Die CDU hatte gefordert, die Planungen bis zur Baureife fortzuführen, um Zuschüsse abrufen zu können, sobald die Europäische Union, der Bund oder das Land entsprechende Förderprogramme auflegten. Es gebe keine Alternative zum Tunnel, sagte Burkhard Jasper. Katharina Schlattner (CDU) mahnte, der Verkehr werde weiter zunehmen. Wall und Innenstadt erreichten schon heute die Grenze der Belastbarkeit.

Zur Sache

Die Westumgehung ist seit über 25 Jahren ein **Reizthema**. Autofahrer, die etwa von der A 30 kommend in das Industriegebiet Hafen wollen, suchen sich einen Weg über den Westerberg. Als heimliche Westumgehung gelten Mozartstraße, Lieneschweg, Händelstraße, Gluckstraße, Sedanstraße. Eine Umgehungsstraße durch die landschaftlich empfindliche Zone im Westen der Stadt zu bauen gilt als nicht mehr durchsetzbar. Bewegung brachte Bauunternehmer Helmut Echterhoff 2002 in die Diskussion. Sein Vorschlag: einen **Tunnel** bauen und die Flächen darüber als Baugrund vermarkten. Der Haken: Ein Tunnel würde 50 bis 60 Millionen Euro kosten. Auf etwa 14 Millionen Euro werden die Erlöse aus Grundstücksverkäufen geschätzt. Das Projekt wäre nur mit sehr hohen Zuschüssen von Bund und Land finanzierbar. Die im Herbst 2002 diskutierte Idee, den Westerberg für den Durchgangsverkehr zu **sperren**, wurde auf öffentlichen Druck verworfen.



50 bis 60 Millionen Euro würde der Tunnel kosten, der den Westerberg vom Durchgangsverkehr befreien würde. Die Grundstücke über dem Tunnel könnten vermarktet werden. Allerdings: Das Projekt ist offenbar nicht finanzierbar.

b.w.

Anwohner sauer

„Das führt zum Verkehrsinfarkt“

hin **OSNABRÜCK.** Mit scharfer Kritik hat der Sprecher der Interessengemeinschaft Gluckstraße, Klaus Busch, auf den Ratsbeschluss reagiert. Er fordert, den Beschluss zu revidieren.

Die Stadt dürfe angesichts der weiter steigenden Verkehrszahlen die Option auf eine Umgehungsstraße auf keinen Fall aufgeben. Es sei kurzsichtiges Denken, diese Möglichkeit zu Gunsten einmaliger Erlöse aus Grundstücksverkäufen zu opfern. Der Ausstieg sei auch deshalb nicht nachvollziehbar, weil Bund und Land zusätzliche Mittel für den Straßenbau zur Verfügung stellten.

Gutachter haben die Zahl der Fahrzeuge, die täglich den Weg von der Mozartstraße bis zur Sedanstraße oder umgekehrt passieren, mit etwa 12 000 bis 14 000 angegeben. Seit die Albrechtstraße wegen Bauarbeiten gesperrt ist, befahren nach einer Hochrechnung von Klaus Busch täglich 20 000 Fahrzeuge diese heimliche Umgehungsstraße. Morgens staue sich der Verkehr Richtung Hafen, abends in umgekehrter Richtung, so Busch.

Es gehe in der Diskussion um die Westumgehung nicht um das Einzelinteresse der Westerberg-Bewohner. Es gehe um das gesamtstädtische Verkehrssystem. Die Stadt brauche „Tangentialverbindungen“ – also ein leistungsfähiges Ringstraßensystem. Die Autobahnen erfüllten diese Aufgabe nicht. Und der Wall erreiche heute schon seine Kapazitätsgrenzen. Die kurzzeitige Sperrung einer Spur am Neumarkt vor wenigen Wochen habe gezeigt, wie labil das System sei. „Das führt zum Verkehrsinfarkt“, so Busch.

Er weist auf einen nach seiner Meinung bislang unterschätzten Aspekt hin: Immer mehr Pkw- und Lkw-Fahrer verließen sich auf ihr Navigationssystem. Und das führe den Fahrer, der die Autobahn in Hellern verlasse, über den Westerberg ins Industriegebiet Hafen.

KOMMENTAR

Das war’s wohl

Von Wilfried Hinrichs

Machen wir uns nichts vor: Der Westtunnel ist auf absehbare Zeit nicht bezahlbar. Insofern ist der Beschluss des Rates nur konsequent. Und insofern haben die Bewohner des Westerberges auch endlich die Klarheit, die Ratsherr Thiele einforderte.

Zwar lässt sich der Rat ein Hintertürchen offen. Aber woher soll jetzt ein Finanzierungskonzept kommen, wo doch schon seit fast 30 Jahren darüber diskutiert wird? 2008 verschwindet die Trasse aus dem Flächennutzungsplan: Diese Prognose ist wohl nicht zu gewagt.

Die Anlieger sind zu Recht sauer. Denn der Rat redete nur über den teuren Tunnel, nicht aber über die künftige Verkehrslenkung am Westerberg. Auch der Beschluss enthält dazu kein Wort. Es wäre gut gewesen, den Betroffenen zu signalisieren: Wir arbeiten auch daran.

w.hinrichs@neue-oz.de